

12.05.2021

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 12.05.2021
Ltg.-**1465-1/A-3/505-2021**
U-Ausschuss

ANTRAG

des Abgeordneten Dr. Michalitsch

gemäß § 34 LGO 2001

zum Antrag der Abg. Mag. Kollermann, Mag. Suchan-Mayr u.a. betreffend
Nachhaltiges Klimabudget für Niederösterreich, Ltg.-1465/A-3/505-2021

betreffend **konsequente Umsetzung des CO₂-Reduktionszielpfades durch
engagierte Klima- und Energiemaßnahmen in Niederösterreich**

Der Klimaschutz ist die globale Herausforderung der Menschheit. Unbestritten bedarf es hierzu abgestimmter Zielsetzungen und nachhaltiger Maßnahmen auf internationaler Ebene, auf Ebene der Nationalstaaten, der Gesellschaft sowie im Denken und Handeln jeder einzelnen Person.

Auf Ebene der Europäischen Union wurde ein umfangreiches Paket geschnürt, um im Jahr 2050 als erster Kontinent klimaneutral zu sein. Aktuell finden daher Verhandlungen zu einem verschärften Reduktionszielpfad für 2030 statt. Die Bundesregierung bekennt sich in Ihrem Programm zur Klimaneutralität Österreichs im Jahr 2040 und es werden derzeit entsprechende Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Das Land Niederösterreich unterstützt die Ziele des Bundes und leistet vor allem einen eigenen engagierten Beitrag.

Beim Thema Klimaschutz handelt Niederösterreich nach dem Grundsatz „Klima konkret – tun, was ein Land tun kann“. Niederösterreich setzt seit dem Jahr 2004 im Rahmen der vom NÖ Landtag beschlossenen Maßnahmenprogramme konkrete Taten im Interesse der Zielerreichung. Im Jahr 2007 hat Niederösterreich den Klimaschutz in der Landesverfassung verankert. Niederösterreich ist beim Klimabündnis mit

aktuell 428 Mitgliedsgemeinden Europameister. Seit dem Jahr 2015 deckt Niederösterreich seinen Strombedarf zu 100 Prozent durch erneuerbare Energie ab. Im Jahr 2019 folgte das Ölheizungsverbot im Neubau – auch hier ist Niederösterreich Vorreiter und setzte als erstes Bundesland diesen Schritt. Ebenfalls im Jahr 2019 wurde das letzte Kohlekraftwerk Niederösterreichs in Dürnrohr geschlossen und es wurde die 1. NÖ Jugendklimakonferenz gestartet. Im Jahr 2020 wurde mit dem Sonnenkraftwerk Niederösterreich das größte Photovoltaik-Bürgerbeteiligungsprojekt Europas ins Leben gerufen.

In dem vom NÖ Landtag beschlossenen NÖ Klima- und Energiefahrplan findet sich auch der aktuell gültige Treibhausgasreduktionspfad für Österreich, die Treibhausmissionen um 36 Prozent zu reduzieren, als Zielvorgabe für Niederösterreich. Die konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele hat der NÖ Landtag mit dem NÖ Klima- und Energieprogramm 2030, Maßnahmenperiode 1: 2021 bis 2025 im Februar 2021 beschlossen und diese sollen auch die Stromerzeugung durch Photovoltaik verzehnfachen und die Leistung aus Windkraft verdoppeln.

Neben der laufenden Evaluierung und Optimierung der gesetzten Maßnahmen sowie der Darstellung der Zielerreichung der Einzelmaßnahmen muss auch das Verständnis für die Notwendigkeit des Klimaschutzes in der Gesellschaft weiter forciert werden. Beim Klimaschutz als globale Herausforderung muss Niederösterreich dies unter Berücksichtigung der Strategiepläne und Vorgaben sowohl auf internationaler Ebene, hier in besonderem Maße der EU, als auch jener auf nationaler Ebene verfolgen.

In einem Unterausschuss des Umwelt-Ausschusses wurde nun zur Ltg.-1465/A-3/505-2021 der Antrag „Nachhaltiges Klimabudget für Niederösterreich“ unter Beiziehung von Experten erörtert. Kern dieses Antrages ist demnach ein Treibhausgas-Budget, beginnend mit dem Jahr 2022, welches die CO₂-Emissionen darstellt und mit dem Haushaltsrechts zusammenzuführen sei. Expertenseits wurde hierzu festgehalten, dass ein solches System auch international noch nicht etabliert ist und der Austausch von Emissionszertifikaten zwischen den Bundesländern letztlich

einen innerösterreichischen Emissionshandel bedingen würde. Im Unterausschuss wurde auch dargelegt, dass Niederösterreich seine Klimaschutzziele und -maßnahmen folglich analog der rechtlichen Vorgaben des Bundes – entlang des Reduktions-Zielpfades von derzeit minus 36 Prozent ausrichtet.

Die parlamentarische Arbeit im Unterausschuss hat aber auch gezeigt, dass Niederösterreich abseits dieser unterschiedlichen systematischen Zugänge die im Antrag genannten Forderungen in der Sache bereits implementiert hat und umsetzt. Dabei erfolgt die Maßnahmenbewertung der Treibhausgasemissionen in Niederösterreich nach inhaltlichen Gesichtspunkten gebündelt.

Den Kern bildet hierbei das aktuelle Klima- und Energieprogramm 2030 welches mehr als 350 Maßnahmen umfasst, für die in Summe auch das Treibhausgasminderungspotenzial abgeschätzt wurde. Diese Maßnahmen wurden in einem Prozess breiter Einbindung von rund 50 Dienststellen und Organisationseinheiten im Land Niederösterreich erarbeitet. Die bereits laufende Umsetzung der Maßnahmen wird im Rahmen einer eigenen Projektgruppe evaluiert und hierüber jährlich ein Bericht an den NÖ Landtag erstattet.

Ohne Zweifel stellen wissenschaftliche Daten eine wesentliche Grundlage zur Entscheidung über die Maßnahmensetzung, die Bewertung der Zielerreichung und somit die Umsetzungssteuerung dar. Die Darstellung der Gesamtmenge an Treibhausgasen, die zur Erfüllung der vom Bund und dem Land normierten Zielvorgaben noch zur Verfügung steht, kann hier eine wertvolle Ergänzung zu den bereits vorhandenen Informationen darstellen. Hierfür bedarf es möglichst valider und zeitnaher wissenschaftlicher Informationen um auf dieser Grundlage auch die Wirkung gesetzter Klimaschutzmaßnahmen beurteilen und steuern zu können.

Zusammenfassend sind folgende Eckpunkte von zentraler Bedeutung, die auch im Rahmen der Erörterung im Unterausschuss dargestellt wurden:

- Neben dem aktuellen Reduktionszielpfad von minus 36 Prozent könnte auch eine sich hieraus abzuleitende Darstellung eines Treibhausgasbudgets einen

Informationsmehrwert darstellen und so auch zur Bewusstseinsbildung und Maßnahmensteuerung beitragen. Es bedarf hier jedoch einer gesetzlichen Grundlage des Bundes, damit die Länder abgestimmte Regelungen erlassen können;

- Sollte der Bund in Erfüllung der EU-Vorgaben den Zielpfad für 2030 verschärfen und gegebenenfalls ein Ziel für 2040 festlegen, so sollte das Land auch diese Zielpfade in seine Strategien implementieren und Maßnahmen entwickeln und umsetzen, damit Niederösterreich auch weiterhin seinen engagierten Beitrag zur Zielerreichung – somit zum Schutz unseres Klimas – leistet;
- Der im aktuellen NÖ Klima- und Energieprogramm 2030, Maßnahmenperiode 1: 2021 bis 2025, zur Vermeidung klimakontraproduktiver Vorhaben vorgesehene „Klima-Check“, sollte rasch implementiert werden;
- Zur Unterstützung der Umsetzungsevaluierung der in Niederösterreich gesetzten Maßnahmen, sollte die Abschätzung der Reduktionspotenziale des aktuellen NÖ Klima- und Energieprogrammes zeitnahe publiziert werden;
- Das Umweltbundesamt sollte den Ländern möglichst rasch die Treibhausgasemissionsbilanzen zur Verfügung stellen und den gegenwärtigen zeitlichen Verzug von mehr als eineinhalb Jahren deutlich verringern, um dadurch die Umsetzungsevaluierung zu unterstützen.

Der Gefertigte stellt daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert,
- a) den im aktuellen NÖ Klima- und Energieprogramm 2030, Maßnahmenperiode 1: 2021 bis 2025, zur Vermeidung klimakontraproduktiver Vorhaben vorgesehenen „Klima-Check“, rasch zu implementieren und

- b) zur Unterstützung der Umsetzungsevaluierung der in Niederösterreich gesetzten Maßnahmen, die Abschätzung der Reduktionspotenziale des aktuellen NÖ Klima- und Energieprogrammes zeitnahe zu publizieren.
2. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, an die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass das Umweltbundesamt die Treibhausgasemissionsbilanzen den Ländern rascher als bisher zur Verfügung stellt.
3. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag Ltg.-1465/A-3/505-2021 miterledigt.“